Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 144. Donnerstag, 24. Juni 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Es dringt nur wenig über die Entwicklung, die der Bergarbeiterstreik in England nimmt, aus den Grenzen des großbritannischen Weltreiches heraus. Aber was man hört, führt zu der Feststellung, daß **auch in den letzten Wochen sich nicht das Geringste in der Krise geändert hat.** Nach wie vor stehen die gesamten Verbände der Bergarbeiter den Vermittlungsvorschlägen und den Kompromißangeboten der Regierung entschieden ablehnend gegenüber. Wäre es den Bemühungen Londons gelungen, den Ausstand nach verhältnismäßig kurzer Zeit zum Abklingen zu bringen, dieser ganze Lohnkampf wäre sicherlich ohne jede Wirkung auf das englische Wirtschaftsleben geblieben. Aber der Friede zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern läßt auch heute nach monatelanger Dauer des Streikes auf sich warten. Wohl sind in England größere Mengen von Kohlenvorräten aufgestapelt worden. Aus ihnen hat die englische Wirtschaft bis jetzt ihren Bedarf decken können. Doch Vorräte, auch wenn sie noch so groß sind, müssen sich verringern, müssen verschwinden, wenn der Nachschub ausbleibt. Einige Ziffern mögen die Situation beleuchten: In der ersten Streikwoche sind in England nur 50 Tonnen eingeführt worden. Im weiteren Verlauf des Streikes stieg diese Zahl der Kohleneinfuhr bedeutend. So betrug der Kohlenimport in der ersten Woche des Juni 58 000 Tonnen, in der zweiten Juniwoche bereits das Doppelte dieser Menge 120 000 Tonnen. In den ersten sieben Wochen des Kohlenstreiks betrug die Einfuhr insgesamt 391 000 Tonnen. In normalen Zeiten wären in diesem Zeitraum in England 35 Millionen Tonnen gefördert worden. Man muß also immerhin feststellen, daß die Zahlen der Einfuhr bis jetzt noch recht minimal sind. Aber an den Beispielen, die wir gegeben haben, ersieht man, in welchem Verhältnis sich diese Zahlen steigern. Bei der Fortdauer des Streikes wird man also mit einer recht beträchtlichen Einfuhr rechnen müssen.

Die englische Regierung sieht der Entwicklung des Bergarbeiterstreiks nicht mit der Gelassenheit und Ruhe zu, wie sie gerne glauben machen will. Die scharfe Note, die sie kürzlich wegen der von Rußland den Bergarbeitern zur Verfügung gestellten Streikgelder nach Moskau sandte, zeigt den Grad der Besorgnis. Die englische Regierung hat es allerdings nicht zu einem Bruch mit den Sowjets kommen lassen. Diese mildere Auffassung über die Moskauer Unterstützung in London ist mehr in außenpolitischen Gründen zu suchen. Denn man weiß, daß die Summen, die aus dem Sowjetland den englischen Bergarbeitern zugeflossen sind, recht beträchtlich sind. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die englische Streikleitung die Lohnbewegung hätte liquidieren müssen, wenn die russischen Gelder ausgeblieben wären. Wie kritisch die Lage für die Bergarbeiter ist, ersieht man daraus, daß in einigen Bezirken die Auszahlung der Streikgelder in dieser Woche nicht mehr möglich war.

Die Moskauer Regierung hat in der Beantwortung der englischen Note angegeben, daß sie nicht in der Lage sei, private Organisationen ihres Landes zu hindern, Unterstützungsgelder nach England zu senden. Diese Erklärung der Moskauer Machthaber ist inhaltlich eine Lüge. Die Unwahrheit in dieser Moskauer Feststellung ist so offensichtlich, daß sie auch der englischen Regierung auffallen müßte. Es ist wohl richtig, daß die russische Regierung selbst die Gelder nicht aus ihrem Fond auszahlte. Aber sie organisierte — dies geht aus hier vorliegenden Moskauer Nachrichten klar hervor — in den ihr unterstellten Staatsbetrieben eine großzügige Werbeaktion, der sich kein Angestellter oder Arbeiter entziehen durfte. Ein der Höhe des jeweiligen Gehaltes entsprechender Lohnsatz wurde nicht ausgezahlt, sondern zurückgehalten und der Kasse der englischen Bergarbeiter zugeführt. So hat wohl nach außen hin die Unterstützung Rußlands den Anschein einer privaten Aktion. Im Grunde genommen aber ist es die Sowjetregierung, die diese Aktion etikettete, organisierte und durchführte.

Daß die Angelegenheit der russischen Unterstützungsgelder so liegt, wie wir sie geschildert haben, wird auch in London nicht verborgen geblieben sein. Aber man hat dort den Sturm, der in der ersten Nervosität angefacht wurde, wieder abgeblasen. Denn die englische Regierung hat ja noch andere Ziele als die Beilegung des Bergarbeiterstreiks. Und das gewaltige russische Reich spielt in der englischen Außenpolitik eine große Rolle. Diese Rechnung, die das Foreign Office aufstellte, ist so ausgearbeitet, daß im Augenblick wenigstens ein Bruch mit Rußland unwillkommen wäre. So mußte man in London die russischen Unterstützungsgelder für die streikenden Bergarbeiter wohl oder übel in den Kauf nehmen. Vielleicht wurde der englischen Regierung diese friedlichere Haltung Rußland gegenüber dadurch etwas leichter gemacht, weil sie hoffte, den Streik durch eigene Initiative beilegen zu können. Ob die zwei jetzt veröffentlichten Gesetzentwürfe der Regierung für die Reorganisation der Kohlenindustrie die Lage etwas entspannen werden, ist allerdings noch recht zweifelhaft. Sehr bemerkenswert ist es, daß in dem einen dieser beiden Gesetzentwürfe der von der Kohlenkommission vorgeschlagene Ankauf der Regalien durch den Staat fehlt. Am kennzeichnendsten jedoch ist für die Lage die Begründung, die Baldwin für diesen Verzicht gibt. Er sagt, daß die Ausgabe von 100 Millionen Pfund für den Staat zu groß sei, da die gesamte Wirtschaft Englands durch den Generalstreik und den Bergarbeiterstreik große Verluste erlitten hätte. Dieses Zugeständnis von offizieller englischer Seite zeigt, daß die durch den Bergarbeiterstreik hervorgerufene Krise sich ihrem Höhepunkt nähert. Trotz des Ernstes der Wirtschaftslage Englands ist es heute schwer vorauszusagen, wer Sieger in diesem Kampfe bleiben wird. Denn schließlich auch die Bergarbeiter sind am Ende ihrer Kraft. Nichtsdestoweniger gibt die Verschärfung der Gesamtsituation wenigstens die Gewähr, daß die Krise in kürzester Frist einer Lösung zugeführt werden muß, wenn nicht England einer der größten Wirtschaftskatastrophen entgegeneilen will.

Die Verhandlungen über das Fürstenkompromiß.

*Berlin. Gestern haben im Reichstag Unterredungen zwischen Vertretern der Koalitionsparteien mit Vertretern der Deutschnationalen und Sozialdemokraten stattgefunden, um eine Lösung der Schwierigkeiten zu suchen, die bei den Erörterungen im Rechtsausschuß des Reichstages aufgetreten sind. Es handelt sich vor allem darum, die verschiedenartigen Anträge, die von der Rechten und der Linken zum Fürstenkompromiß vorliegen, irgendwie auszugleichen und damit eine gemeinsame Basis für die Annahme des Kompromisses zu finden. Dem Vernehmen nach beabsichtigen die Koalitionsparteien, den Wünschen der Deutschnationalen dadurch zu entsprechen, daß in der Frage der Ueberlassung von Kunstschätzen, Museen usw. an den Staat eine bessere Abfindungsbasis gefunden wird, als sie im Kompromiß vorgesehen ist. Andererseits scheine bei den Koalitionsparteien Geneigtheit zu bestehen, den Sozialdemokraten in der Frage der Ablösung der Kronfideikommißrenten entgegen zu kommen.

)(Berlin. Ueber die Besprechungen wegen der Fürstenabfindung erfahren wir von deutschnationaler Seite: **Die Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.** Die Deutschnationalen haben keine Veranlassung, von ihrer bisherigen Stellung abzugehen und dem Gesetz zu einer Zweidrittelmehrheit zu verhelfen.

Die erste Lesung der Regierungsvorlage soll heute Donnerstag im Rechtsausschuß zu Ende geführt werden. Es ist aber noch eine zweite Lesung vorgesehen. Zwischen der ersten und zweiten Lesung werden erneut Verhandlungen mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten aufgenommen werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über die deutsche Wirtschaftslage.

)(Hannover. In einer Unterredung mit dem Berliner Wirtschaftskorrespondenten des Hannoverschen Kuriers erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius u. a., das ungünstige Maiergebnis der deutschen Außenhandelsbilanz habe zum Teil saisonmäßige Ursachen, zum Teil hänge es auch mit der rückläufigen Konjunkturbewegung auf dem Weltmarkte zusammen. Da augenblicklich keinerlei Anzeichen dafür vorhanden seien, daß sich der Konjunkturrückschlag auf dem Weltmarkte weiterhin fortsetzen werde, dürfe man aus saisonmäßigen Gründen nur mit einer mäßigen Zunahme der deutschen Ausfuhr in der zweiten Hälfte des Jahres rechnen. Ein Grund für die gesamte Aufwärtsentwicklung der deutschen Ausfuhr liege zweifellos in den Auswirkungen der deutschen Handelsvertragspolitik.

Der Reichswirtschaftsminister wandte sich in diesem Zusammenhange gegen die anscheinend mißverständliche Auffassung, als ob er sich von der Hebung des Exports allein eine Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft verspreche und die Entwicklung der inneren Kaufkraft vernachlässige. Er bezeichnete als einzig mögliche Lösung den Agrar- und Industriestaat. Bezüglich des Handelsvertrags mit Schweden gab der Minister der Auffassung Ausdruck, daß dieser einen erheblichen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der deutschen Handelspolitik bedeute. Mit der Schweiz sei ein umfassender Tarifvertrag in Aussicht genommen. Zur Bankgesetznovelle betonte der Minister, daß von einer inflatorischen Gefahr infolge dieser Novelle nicht die Rede sein könne. Der Betrag von 400 Millionen Mark Schatzwechsel der Reichsbank falle gegenüber dem gesamten Geldumlaufe von 5 Milliarden nicht erheblich ins Gewicht. Die Verantwortung für den Bestand der Währung werde dem Reichsbankdirektorium nicht abgenommen, das pflichtgemäß zu bekunden habe, ob und in welchem Umfange es von der in der Novelle erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen beabsichtige.

Der Minister schloß die Unterredung mit der Erklärung, **daß die deutsche Währung unbedingt sicher sei.**

Zusatzmiete bei baulichen Veränderungen.

vdz. Berlin. Der **Wohnungsausschuß des Reichstages** nahm am Mittwoch einen vom Zentrum, der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Deutschnationalen Volkspartei unterstützten **Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmietengesetzes** an. Danach soll **folgende Bestimmung über Erhebung einer Zusatzmiete eingefügt** werden:

„Sind an einem Gebäude oder Gebäudeteil nach dem 1. Juli 1926 mit Zustimmung des Mieters oder der Mehrzahl der beteiligten Mieter bauliche Veränderungen vorgenommen, die den Gebrauchswert erhöhen und nicht als Instandsetzungsarbeiten anzusehen sind, und ist die Friedensmiete nicht erhöht worden, so kann der Vermieter die zur angemessenen Verzinsung und Tilgung des zweckmäßig aufgewandten angemessenen Kapitals erforderlichen Beträge nach dem Verhältnis der Friedensmieten auf die Mieter umlegen, für die der Gebrauchswert der gemieteten Räume erhöht wird (Zusatzmiete). Wird der Gebrauchswert in verschiedenem Umfange erhöht, so hat die Umlegung nach dem Verhältnis der Erhöhung zu erfolgen, im Streitfall entscheidet das Mietseinigungsamt.

Dammbruch der Elbe bei Magdeburg.

Wie aus Magdeburg gemeldet wird, haben die Wasserfluten der Elbe zwischen Hohenwerdau und Niegripp bei Magdeburg die Schutzdämme durchbrochen. Ueber 800 Morgen Acker sind überflutet, deren Früchte zum größten Teil als verloren gelten müssen. Weiter unterhalb Magdeburgs sind weitere umfangreiche Gebiete überflutet worden. Oberhalb Magdeburgs gelang es den angestrengten Arbeiten der Magdeburger Pioniere, Dämme zu halten, die eine ganze Reihe von Dörfern und mehr als 6000 Morgen Acker vor dem Verderben durch einen evtl. Deichbruch der Elbe schützen. Bei Jerichow-Fischbeck drohten die Fluten, den Sommerdeich zu durchbrechen, wodurch mehr als 3000 Morgen Acker den schwersten Schaden erleiden würden.

Hochwasser in Altmark und Priegnitz.

Zwei Todesopfer.

Wittenberg. (Funkspruch.) In **Altmark und Priegnitz gehen täglich schwere Gewitter mit wolkenbruchartigen Regengüssen nieder.** Die Seynitz hat die Ufer weiter überschwemmt und **gegen 10 000 Morgen Roggen-, Kartoffel- und Heuernte vernichtet. Bei Dargardt ertrank ein Wanderbursche** in der Löcknitz, bei **Seedorf der Besitzer Wendt.**

Unwetter in Ungarn.

Budapest. (Funkspruch.) Ein gestern über die Hauptstadt niedergegangener **schwerer Wolkenbruch verursachte große Schäden,** insbesondere in den Außenvierteln. Die Keller der niedrig gelegenen Häuser wurden unter Wasser gesetzt. Der Straßenbahnverkehr sowie die Stromversorgung erlitten stundenlange Störungen. Die Feuerwehr mußte in über 600 Fällen in Anspruch genommen werden. Auch aus Mochasch Baja und Gönügyös werden **große Verheerungen durch Unwetter** gemeldet.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

)(Berlin. Der Reichswirtschaftsminister hatte gestern die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen zu sich gebeten, um ihnen über die **Schwierigkeiten bei den Russenkreditverhandlungen** zu berichten. Er legte gegenüber verschiedentlichen Pressemeldungen Gewicht auf die Feststellung, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen seien. Anschließend bat der Minister die Gewerkschaftsvertreter um ihre Ansicht über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Die Vertreter des A. D. G. B. verwahrten sich in erster Linie **gegen jede Senkung der Unterstützungssätze,** die ja an sich schon nur für eine kurze Arbeitslosigkeit berechnet seien, nicht aber als Lebensunterhalt für längere Zeiten in Betracht kämen. Sie forderten beschleunigte Verhandlung in Sachen der Russenkredite, größere Arbeitsvergebung von Reichsbahn und Reichspost für Siedlungen, Kanal- und Straßenbau sowie Maßnahmen zur Ausnutzung der Wasserkräfte. Der Vertreter des Afabundes berührte die Rationalisierungs- und Kartellfragen, der Vertreter der christlichen Gewerkschaften tadelte das Marken-Artikel-Unwesen, der Vertreter des Gewerkschaftsringes erinnerte an die Beziehungen zwischen Automobilsteuer und Straßenbau.

Der Minister dankte für die Ausführungen, ohne sich weiter dazu zu äußern. Er schloß die Besprechung mit dem Bemerken, auch sein Ministerium beschäftige sich eingehend mit diesen Fragen, und er werde zu gegebener Zeit die Gewerkschaftsvertreter wieder zu sich bitten.

Der Reichswirtschaftsrat für das Schankstättengesetz.

vdz. Berlin. Der Wirtschaftspolitische und Finanzpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates erklärten sich in gemeinsamer Sitzung **im großen und ganzen mit den Richtlinien des Schankstättengesetzentwurfes einverstanden, der den Mißbrauch geistiger Getränke bekämpfen und die Jugend vor den Gefahren des Alkoholismus schützen will. Er strebt eine Verbesserung des Konzessionswesens dadurch an, daß er die Erteilung einer Erlaubnis erschwert,** eine vorübergehende Sperre für weitere Konzessionen einführt und die Behörden zu einem Verbot des Ausschankes von Branntwein und des Kleinhandels mit Branntwein an Sonntagen, Lohnzahlungstagen usw. ermächtigt. Die betreffenden Ausschüsse des Reichswirtschaftsrates befürworten eine Reihe von Aenderungen, unter anderem Erleichterungen bei der Verlängerung der Konzessionen bei ihrem Erlöschen im sogenannten Sperrjahr. Ferner soll die Regierung einheitliche Bestimmungen für die Regelung der Polizeistunde im ganzen Reich erlassen. Branntweinhaltige Genußmittel werden vom Verbot der Verabfolgung von Alkohol ausgenommen. Die Bestimmung über Beschäftigung und Entlohnung weiblicher Angestellten soll obligatorisch gemacht werden. Gestrichen werden soll die Bestimmung, daß gegen die Versagung der Konzession kein Rechtsmittel gegeben ist. Winzergenossenschaften sollen von der Anwendung der Vorschriften für Vereine und Gesellschaften ausgenommen sein. Der § 26, wonach durch Landesgesetz der Bier- und Weinhandel konzessionspflichtig gemacht werden kann, soll gestrichen werden, ebenso § 31, der die öffentliche Anpreisung von Trinkbranntwein in Verkehrsmitteln usw. behandelt. Angenommen wurden noch Entschließungen, betreffend das Verbot der Beschäftigung von Personen in Gast- und Schankwirtschaften, die an ekelerregenden oder ansteckenden Krankheiten leiden, sowie betreffend weitgehende Rücksicht auf **Ausnahmeverhältnisse hinsichtlich der Ausdehnung der Polizeistunde.**

SLUB
Wir führen Wissen.